

Der bekannte US-Publizist und Wirtschaftswissenschaftler Dr. Paul Craig Roberts hält Ron Paul für den einzigen Präsidentschaftskandidaten, der die USA noch retten könnte, und untersucht, warum er trotzdem kaum Chancen hat, nominiert und gewählt zu werden.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 021/12 – 23.01.12**

Die letzte Chance für die USA

Von Paul Craig Roberts

Institute for Political Economy, 14.01.12

(<http://www.paulcraigroberts.org/2012/01/14/americas-last-chance/>)

Die USA haben noch eine letzte Chance, und die ist ziemlich klein. Die US-Amerikaner können Ron Paul zum Präsidenten wählen, oder sie müssen sich einer Gewaltherrschaft unterwerfen.

Warum ist Ron Paul die letzte Chance für die USA?

Weil er der einzige Kandidat ist, der nicht total unter dem Einfluss des militärisch-sicherheitstechnischen Komplexes, der Wall Street und der Israel-Lobby steht.

Alle anderen, einschließlich des Präsidenten Obama, sind nämlich den genannten Interessengruppen hörig. Diesbezüglich unterscheiden sie sich nicht voneinander. Alle Kandidaten – außer Ron Paul – unterstützen den Krieg, wollen einen Polizeistaat (USA) und sind unterwürfigst bereit, die Politik der israelischen Regierung rückhaltlos zu unterstützen. Die Tatsache, dass es keine Unterschiede zwischen ihnen gibt, zeigt sich auch daran, dass sich alle anderen republikanischen Präsidentschaftskandidaten in ihren Wahlkampagnen nicht mit wirklichen Problemen befassen.

Weil Ron Paul echte Probleme anspricht, wird er aus den "Debatten", in denen sich die anderen Kandidaten mit Dreck bewerfen, einfach ausgeschlossen. (Die anderen diffamieren sich gegenseitig:) "Gingrich hat für ein 60 Millionen Dollar teures UN-Programm gestimmt, mit dem die Abtreibung in China unterstützt wurde." "Romney liebt es, Leute zu entlassen."

Die Niveaulosigkeit der Auseinandersetzung ist abstoßend.

Was noch wichtiger ist, nur Ron Paul respektiert die US-Verfassung und tritt für den Schutz der Bürgerrechte ein. Nur Ron Paul weist darauf hin, dass den US-Amerikanern eine Schreckensherrschaft droht, wenn es nicht gelingt, die offen betriebene Zerschlagung der US-Verfassung durch den Kongress und die Exekutive zu stoppen.

Es bleibt nicht mehr viel Zeit zur Wiederbelebung der Verfassung. Nach einer weiteren Amtszeit eines Präsidenten, der die Inhaftierung von US-Bürgern ohne richterlichen Beschluss und ordentliches Gerichtsverfahren duldet, und nach einer weiteren Regierung, die US-Bürger foltern und ermorden lässt, wird es zu spät dazu sein. Die Tyrannei ist dann fest verankert, und zu viele US-Amerikaner aus allen Gesellschaftsschichten werden zu Komplizen des Schreckensregimes geworden sein. Unermessliche Schuld und Mitschuld werden es unmöglich machen, die Verantwortlichkeit der Regierung vor dem Gesetz wieder herzustellen.

Wenn Ron Paul die Präsidentenwahl in diesem Jahr nicht gewinnt, wird im Jahr 2016 die Freiheit der US-Amerikaner in einem vergessenen Grab auf einem vergessenen Friedhof ruhen.

Obwohl das eigentlich allen klar sein müsste, wird Ron Paul aus einer Reihe von Gründen nicht gewählt werden:

Nicht genügend US-Amerikaner haben begriffen, dass der "Krieg gegen den Terror" erfunden wurde, damit ein Polizeistaat geschaffen werden kann. Die einer Gehirnwäsche unterzogene US-Bevölkerung glaubt fest daran, in einem Polizeistaat sicherer vor Terroristen zu sein.

Liberales, Progressive und Linke sind gegen Ron Paul, weil er angeblich "das soziale Netz zerstören, die Sozialversicherung und die Gesundheitsfürsorge privatisieren, die Witwen und Waisen auf die Straße setzen und die US-Notenbank abschaffen" würde.

Offensichtlich erkennen Liberale, Progressive und Linke nicht, dass die Privatisierung der Sozialversicherung und der Gesundheitsfürsorge und die Zerstörung des sozialen Netzes zu der Politik gehören, die viele konservative Republikaner bevorzugen, und dass diese Politik den Interessen der Wall Street dient, die beide (großen) politischen Parteien dazu drängt. Ein Präsident Ron Paul wäre hingegen im Weißen Haus isoliert und niemals imstande, die Unterstützung des Kongresses und der mächtigen Interessengruppen zu erhalten, um derart radikale Änderungen durchzusetzen. Außerdem hat Ron Paul deutlich gemacht, dass ein Staat ohne Sozialfürsorge nicht einfach verordnet, sondern nur geschaffen werden kann, wenn die Wirtschaft floriert und die Menschen auf eigenen Beinen stehen können. Ron Paul hat zugesichert, dass er die Sozialfürsorge nicht abschaffen würde, bevor eine blühende Wirtschaft den Wohlfahrtsstaat überflüssig macht.

Kandidat Paul kann es sich nicht leisten, die US-Bürger zu beruhigen, indem er ihnen zusagt, sie auch in einem völlig freien Markt nicht allein zu lassen, weil ihn seine libertäre Basis dann sofort als einen weiteren prinzipienlosen Politiker fallen ließe, der bereit ist, seine Überzeugungen zu opfern, wenn ihm das politisch nützt.

Wenn die Libertären nicht so unflexibel wären, könnte Kandidat Paul den Vorschlag des (Wikipedia-Förderers) Ron Unz (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Ron_Unz) aufgreifen, das Problem der illegalen Einwanderung durch die Zahlung eines Mindestlohnes von 12 Dollar pro Stunde zu beheben, damit auch US-Amerikaner von den Jobs leben könnten, die ihnen jetzt von illegalen Einwanderern weggenommen werden.

Wirtschaftswissenschaftler James K. Galbraith liegt wahrscheinlich richtig, wenn er behauptet, die Realisierung des Unz-Vorschlages werde die US-Wirtschaft ankurbeln, die Kaufkraft erhöhen und dazu führen, dass arbeitslos gewordenen Illegalen wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würden. Wenn Ron Paul den Unz-Vorschlag auch nur in Erwägung zöge, würden ihn libertäre Ideologen sofort abschreiben. Die Unterstützung, die er damit bei Liberalen und Progressiven gewänne, könnte den Verlust seiner libertären Basis nicht ausgleichen.

Warum können die Libertären nicht so einsichtig wie Ron Unz sein und erkennen, dass uns nach der Zerstörung unserer Verfassung eine Diktatur droht?

Kurz gesagt, die US-Amerikaner können nicht über den Tellerrand ihre Ideologien hinausschauen und das eigentliche Problem erkennen – dass sie sich nämlich bei der kommenden Wahl zwischen einer verfassten Demokratie und einer Diktatur entscheiden müssen.

Stattdessen sind absurde Beschuldigungen zu hören: der libertäre Ron Paul sei ein "Rassist" und "Antisemit", der die Reichen auf Kosten der Armen bevorzuge.

Niemand redet darüber, dass "Ron Paul die US-Verfassung wieder herstellen und durchsetzen" würde.

Können sich die US-Amerikaner überhaupt vorstellen, wie ihr Leben ohne (eine geltende) Verfassung aussähe? Ich kann Ihnen erklären, wie das sein wird; zunächst möchte ich aber die Hindernisse untersuchen, die sich vor Ron Paul auftürmen würden, wenn er zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten nominiert und zum Präsidenten gewählt würde.

Nach meiner Meinung würde die Republikanische Partei, falls Ron Paul die Kandidatenkür gewänne, ihn trotzdem nicht nominieren, sondern einfach einen anderen Kandidaten bestimmen.

Wenn Ron Paul trotz aller Widerstände ins Weiße Haus einzöge, wäre er nicht imstande, eine Regierung zu bilden, um seine Politik umzusetzen. Von ihm vorgeschlagene Minister und Staatssekretäre, die zur Unterstützung seiner Politik bereit wären, würde der US-Senat nicht bestätigen. Präsident Paul müsste Regierungsmitglieder vorschlagen, die dem Senat genehm wären, eine andere Politik aber verhindern würden.

Falls der von mächtigen Interessengruppen beherrschte Kongress nicht mit erfundenen Anschuldigungen sofort ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn einleiten würde, müsste ein Präsident Ron Paul alle ihm noch bleibenden Möglichkeiten nutzen, um der Bevölkerung, den Richtern und den juristischen Fakultäten die Einsicht zu vermitteln, dass die von Terroristen ausgehende Bedrohung winzig ist, im Vergleich mit der Gefahr, die von einer Regierung ausgeht, die sich nicht mehr an die Verfassung und an die Gesetze hält.

Wenn es möglich ist, sollten wir Ron Paul aber trotzdem wählen, um den Mächtigen wenigstens zu signalisieren, dass wir ihr Spiel durchschauen. Wenn Paul viele Stimmen bekäme, hätte das zwei positive Auswirkungen. Die Mächtigen müssten ihren Marsch in neue Kriege und in die Tyrannei verlangsamen. Außerdem würden die europäischen und japanischen Marionetten dann erkennen, dass nicht alle US-Amerikaner als dumme Schafe und Hammel einzuschätzen sind. Dann wären die US-Marionettenstaaten vielleicht etwas vorsichtiger und würden Washingtons Streben nach Weltherrschaft weniger kooperativ unterstützen.

Wie werden die USA ohne Verfassung aussehen?

Am 4. Januar berichtete der Rechtsanwalt und Autor John Whitehead in der Huffington Post über die Militarisierung der örtlichen Polizei (s. http://www.huffingtonpost.com/john-whitehead/police-militarization_b_1180875.html). Sie soll jetzt sogar mit Spionage-Drohnen ausgestattet werden. Whitehead teilte mit, der Drohnen-Hersteller AeroVironment Inc. plane, den Polizeibehörden im ganzen Land 18.000 Drohnen zu verkaufen. Die Firma preist in ihren Anzeigen auch die kleine Drohne "Switchblade" (Springmesser) an, die einzelne Personen verfolgen, auf ihnen landen und dann zur Explosion gebracht werden kann.

Wie lange wird es noch dauern, bis lokale Polizisten nach Belieben einzelne US-Bürger mit diesen Drohnen ausspionieren und als "Extremisten" ermorden können?

Die American Civil Liberties Union / ACLU (die US-amerikanische Union für Bürgerrechte, s. http://de.wikipedia.org/wiki/American_Civil_Liberties_Union) hat die Gefahren erkannt,

die von diesen Drohen ausgehen, und den Bericht "Protecting Privacy From Aerial Surveillance" (Schutz der Privatsphäre vor Luftüberwachung) veröffentlicht, der unter <https://www.aclu.org/files/assets/protectingprivacyfromaerialsurveillance.pdf> aufzurufen ist.

Die ACLU glaubt zu Recht, dass die Freiheit in "einer Überwachungsgesellschaft bedroht ist, weil Behörden unsere sämtlichen Bewegungen überwachen, verfolgen, registrieren, und überprüfen können".

Die ACLU fordert den Kongress auf, die Ausspionierung der Privatsphäre mit Polizei-Drohnen durch ein Gesetz zu verbieten. Ich unterstütze die ACLU, weil sie die wichtigste Verteidigerin der Bürgerrechte ist, auch wenn ich einige ihrer sonstigen Aktivitäten nicht gutheiße, ich frage mich aber, was sie sich bei ihrem Ruf nach einem Gesetz gedacht hat. Der Kongress und verschiedene Bundesgerichte haben die ohne richterliche Anordnung erfolgte Ausspionierung der US-Amerikaner durch die National Security Agency (den weltweit operierenden US-Abhörgeheimdienst, s. http://de.wikipedia.org/wiki/National_Security_Agency) bereits gebilligt. Das Bush-Regime hat den Foreign Intelligence Surveillance Act (das Gesetz über das Abhören im Ausland, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Foreign_Intelligence_Surveillance_Act) so häufig verletzt, das alle Beteiligten, einschließlich des Präsidenten Bush, gleich mehrfach lebenslang hätten eingesperrt werden müssen, weil jeder Verstoß gegen dieses Gesetz mit einer 5-jährigen Gefängnisstrafe zu ahnden ist. Die gesamte Exekutive blieb aber völlig straffrei. Niemand wurde für die häufigen Verstöße gegen dieses US-Gesetz zur Rechenschaft gezogen.

Die ACLU nimmt vielleicht an, dass Polizisten der Bundesstaaten und der Kommunen noch zur Einhaltung dieses Gesetzes verpflichtet werden können, obwohl sich die US-Regierung und die Bundesbehörden schon längst ungehindert darüber hinwegsetzen dürfen.

Die Militarisierung der lokalen Polizei hat einiges Aufsehen erregt. Kaum bemerkt wurde die Unterstellung der Polizei der Kommunen und einzelnen Bundesstaaten unter die Bundespolizei. Die lokale Polizei wird von Washington nicht nur mit (neuen) Waffen und Spionage-Technologie ausgestattet, auch ihre Einstellung gegenüber den Bürgern hat sich durch die zentrale Kontrolle und durch die Kollaboration mit der Bundespolizei verändert. Wenn die Homeland Security (der Heimatschutz), eine Bundespolizeibehörde (Zusatzinfos dazu s. http://de.wikipedia.org/wiki/Ministerium_f%C3%BCr_Innere_Sicherheit_der_Vereinigten_Staaten), in Georgia, Tennessee und in weiteren mir bekannten Bundesstaaten zusammen mit der Polizei der jeweiligen Staaten auf zwischenstaatlichen Autobahnen ohne richterliche Anordnung Autos und Lastwagen stoppt und durchsucht, dann macht die Homeland Security die Polizei der Einzelstaaten zu ihrem Werkzeug. Das ist der Weg, den auch Göring und Himmler beschritten haben, als sie die unabhängigen Polizeibehörden einzelner Länder wie Preußen und Bayern der Geheimen Staatspolizei / Gestapo (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Geheime_Staatspolizei) unterstellten.

Die Homeland Security hat ihre nicht autorisierten Durchsuchungen weit über die Kontrollen auf Flughäfen hinaus ausgedehnt. Diese an die Gestapo erinnernde Behörde führt jetzt auch auf US-Autobahnen, auf Bahnhöfen für Busse und Züge und in Büros der Sozialversicherung ungenehmigte Kontrollen durch. Am Dienstag, dem 3. Januar 2012, wurde das Sozialversicherungsbüro in Leesburg, Florida, durchsucht, weil die Homeland Security es scheinbar für einen Terroristen-Treff gehalten hat. Die Gestapo des Department of Homeland Security / DHS (des Ministeriums für Innere Sicherheit), die mit automatischen Waffen und Spürhunden anrückte, kontrollierte auch die Ausweise von Einwohnern, die ihr örtliches Sozialversicherungsbüro aufgesucht hatten. Ein Bericht darüber ist aufzurufen unter <http://www.dailycommercial.com/News/LakeCounty/010412shield> .

Thomas Milligan, der Bezirksleiter des Verwaltungsbüros der Sozialversicherung, sagte,

die Angestellten seien vorher nicht darüber informiert worden, dass bewaffnete Bundespolizisten vorhatten, ihre Büros zu stürmen. Offizielle des DHS hätten sich geweigert, Fragen lokaler Medien zu beantworten und seien gegen Mittag ohne Erklärung wieder abgezogen, berichtete infowars.com . (Der Bericht ist aufzurufen unter <http://www.infowars.com/dhs-agents-armed-to-the-teeth-set-up-surprise-id-checkpoint-at-ss-office-in-florida/> .)

Die DHS-Gestapo rechtfertigte ihr Auftauchen in einem Sozialversicherungsbüro in Leesburg in Florida als integralen Bestandteil der Übung "Operational Shield" (Operative Abschirmung) des Federal Protective Service (des Bundesschutzdienstes, s. http://en.wikipedia.org/wiki/Federal_Protective_Service_%28United_States%29), mit der gegen "die Anwesenheit Unbefugter und potenziell störende oder gefährliche Aktivitäten" vorgegangen werden soll.

Man fragt sich, ob nicht sogar die einer Gehirnwäsche unterzogenen, Fahnen schwenkenden "Superpatrioten" jetzt endlich aufwachen. Das Sozialversicherungsbüro von Leesburg, einem Städtchen mit 19.086 Einwohnern inmitten Floridas, ist kein Ort den Terroristen ohne gültige Ausweise aufsuchen würden. Um die USA vor der äußerst unwahrscheinlichen Möglichkeit zu schützen, dass sich Terroristen im Sozialversicherungsbüro in Leesburg einfinden könnten, schickten die Tyrannen in Washington den Federal Protective Service los – womit sie sicher beträchtliche Kosten verursachten – um die Ausweise von Ortsansässigen kontrollieren zu lassen, die ihr Sozialversicherungsbüro aufsuchten.

Damit sollte doch nur ein Präzedenzfall geschaffen werden, damit der Federal Protective Service, eine neue Bundespolizei, künftig ohne Beteiligung der Polizei der Kommunen oder Einzelstaaten jederzeit und unangekündigt überall US-Bürger kontrollieren kann.

Ich weiß nicht, warum die ACLU glaubt, einen Kongress zum Eingreifen veranlassen zu können, der zugelassen hat, dass die Exekutive Menschen ohne richterliche Anordnung und ohne Gerichtsverfahren einsperren und foltern lässt, obwohl unsere Verfassung und unsere Gesetze das verbieten. Damit hat die ACLU aber wenigstens auf das Problem aufmerksam gemacht. Es ist aber nicht zu erwarten, dass es jetzt auch die Mainstream-Medien aufgreifen werden.

Obwohl es nur wenige US-Bürger wahrnehmen, leben wir 2012 in einem Konzentrationslager, das viel besser kontrolliert wird, als das von George Orwell in seinem Roman "1984" beschriebene (s. http://de.wikipedia.org/wiki/1984_%28Roman%29). Da Orwell sein Buch Ende der 1940er Jahre verfasst hat, konnte er noch nicht ahnen, wie ausgeklügelt die Technologie sein würde, mit der heute eine totale Kontrolle über die Bevölkerung ausgeübt wird. Orwells Hauptfigur blieb wenigstens noch ein Funken Hoffnung. Mit der im Jahr 2012 möglichen Überwachung der Privatsphäre durch die US-Regierung können Aufwiegler mit Drohnen, die nicht viel größer als Kolibris sind, ausgeschaltet werden, bevor sie überhaupt einen Protest, geschweige denn einen Aufstand organisieren könnten.

In der bisherigen Geschichte haben sich Menschen noch niemals so einfach und bereitwillig von einer ihnen feindlich gesinnten Regierung überwachen lassen wie die US-Amerikaner, die zu den unfreiesten Erdenbürgern geworden sind. Trotzdem schwenkt immer noch ein großer Prozentsatz der US-Amerikaner US-Fahnen und jubelt USA, USA, USA!

Schon das Bush-Regime hat agiert, als existiere die Verfassung nicht. Jetzt wurden auch noch die letzten Schranken beseitigt, die unsere Verfassung der Regierung auferlegt und die das Bush-Regime überlebt hatten, als der Kongress den National Defense Authorization Act verabschiedete und Präsident Obama ihn unterzeichnete (weitere Infos dazu s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP00312_030112.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP24111_191211.pdf). Man fragt sich, wie sich die Natio-

nal Rifle Association / NRA (die Nationale Vereinigung der Waffenbesitzer, s. http://de.wikipedia.org/wiki/National_Rifle_Association), die sich immer als Verteidigerin des Zweiten Zusatzartikels zur US-Verfassung aufgespielt hat, jetzt verhalten wird. Wenn alle verfassungsmäßigen Rechte außer Kraft gesetzt sind, warum soll dann ausgerechnet der Zweite Zusatzartikel noch gelten (der allen erwachsenen US-Bürgern das Recht auf Waffenbesitz garantiert, s. dazu http://de.wikipedia.org/wiki/2._Zusatzartikel_zur_Verfassung_der_Vereinigten_Staaten). Warum sollte ein Präsident, in dessen Ermessen es liegt, die für eine Inhaftierung notwendige richterliche Anordnung und ein ordentliches Gerichtsverfahren zu missachten und US-Bürger allein aufgrund unbewiesener Anschuldigungen ermorden zu lassen, nicht auch den Zweiten Zusatzartikel außer Kraft setzen?

Es ist doch äußerst unwahrscheinlich, anzunehmen, dass ein Polizeistaat eine bewaffnete Bevölkerung dulden wird.

Die NRA hat die Polizei und das Militär bisher immer sehr unterstützt. Wird sie ihre Einstellung ändern, wenn diese bewaffneten Organisationen gegen die eigene Bevölkerung vorgehen?

Viele NRA-Mitglieder weisen auf die "Oath Keepers", die (an ihren Eid gebundenen) ehemaligen Militärangehörigen, hin, die sich verpflichtet haben, die Verfassung zu verteidigen (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Oath_Keepers), und auf die Polizeichefs, die den Zweiten Zusatzartikel erhalten wollen; sie glauben, dass die Polizei und das Militär den Befehl, US-Bürger anzugreifen, verweigern werden.

Dabei erleben wir doch ständig, mit welcher ungezügelter Brutalität "unsere Polizei" gegen friedliche Protestierende vorgeht. Wir werden Zeuge, wie Militärs überall auf der Welt Bürger ermorden, die gegen von Regierungen verursachte Missstände protestieren. Warum sollte das nicht auch hier geschehen?

Wenn Sie nicht wollen, dass so etwas auch bei uns passiert, sollten Sie besser überlegen, wie Ron Paul zum Präsidenten gewählt und mit einem Kabinett und Mitarbeitern ausgestattet werden könnte, die ihn unterstützen.

Inzwischen nimmt der Polizeistaat Formen an. Am 4. Januar 2012 kündigte das Obama-Regime per Erlass – nicht per Gesetz – die Einrichtung eines Bureau of Counterterrorism (eines Büros zur Terrorbekämpfung) an, das unter anderem "die innere Sicherheit verbessern und den gewalttätigen Extremismus bekämpfen" soll. Einzelheiten sind nachzulesen unter <http://newsok.com/obama-launches-bureau-of-counterterrorism/article/feed/332475> .

Nehmen Sie sich die Zeit, darüber einmal nachzudenken. Haben Sie irgendwelche Informationen über "gewalttätige Extremisten" in den USA? Das Obama-Regime erweckt den Eindruck, eine neue Polizeibehörde mit nicht näher definierten Machtbefugnissen zu brauchen, um die innere Sicherheit verbessern zu können – durch die Bekämpfung überhaupt nicht existierender "Extremisten".

Wer sollen die gewalttätigen Extremisten sein, die das Bureau of Counterterrorism bekämpfen soll? Dabei kann es sich doch nur um Friedensaktivisten, Protestierende der Occupy-Bewegung oder demonstrierende Arbeitslose und enteignete Obdachlose handeln. Extremisten werden alle sein, die der US-Polizeistaat dazu erklärt. Und es gibt kein rechtsstaatliches Verfahren mehr, mit dem er daran gehindert werden könnte.

In Anbetracht der vor Ihnen ausgebreiteten Tatsachen müssen Sie von Sinnen sein, wenn Sie weiterhin denken, Ron Pauls Ausfälle gegen den Wohlfahrtsstaat seien wichtiger als sein Eintreten für die Freiheit.

(Wir haben den Artikel, der keines Kommentars bedarf, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und zusätzlichen Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



America's Last Chance

January 14, 2012

America has one last chance, and it is a very slim one. Americans can elect Ron Paul President, or they can descend into tyranny.

Why is Ron Paul America's last chance?

Because he is the only candidate who is not owned lock, stock, and barrel by the military-security complex, Wall Street, and the Israel Lobby.

All of the others, including President Obama, are owned by exactly the same interest groups. There are no differences between them. Every candidate except Ron Paul stands for war and a police state, and all have demonstrated their complete and total subservience to Israel. The fact that there is no difference between them is made perfectly clear by the absence of substantive issues in the campaigns of the Republican candidates.

Only Ron Paul deals with real issues, so he is excluded from "debates" in which the other Republican candidates throw mud at one another: "Gingrich voted \$60 million to a UN program supporting abortion in China." "Romney loves to fire people."

The mindlessness repels.

More importantly, only Ron Paul respects the US Constitution and its protection of civil liberty. Only Ron Paul understands that if the Constitution cannot be resurrected from its public murder by Congress and the executive branch, then Americans are lost to tyranny.

There isn't much time in which to revive the Constitution. One more presidential term with no habeas corpus and no due process for US citizens and with torture and assassination of US citizens by their own government, and it will be too late. Tyranny will have been firmly institutionalized, and too many Americans from the lowly to the high and mighty will have been implicated in the crimes of the state. Extensive guilt and complicity will make it impossible to restore the accountability of government to law.

If Ron Paul is not elected president in this year's election, by 2016 American liberty will be in a forgotten grave in a forgotten grave yard.

Having said this, there is no way Ron Paul can be elected, for these reasons:

Not enough Americans understand that the "war on terror" has been used to create a police state. The brainwashed citizenry believe that the police state is making them safe from terrorists.

Liberals, progressives, and the left-wing oppose Ron Paul, claiming that "he would abolish the social safety net, privatize Social Security and Medicare, throw the widows and orphans into the street, abolish the Federal Reserve," etc.

Apparently, liberals, progressives, and the left-wing do not understand that privatizing Social Security and Medicare and destroying the social safety net are policies that many conservative Republicans favor and are policies that Wall Street is forcing on both political parties. In contrast, a President Ron Paul would be isolated in the White House and would never be able to muster the support of Congress and the powerful interest groups to achieve such radical changes. Moreover, Ron Paul has made it clear that a welfare-free state cannot be achieved by decree but only by creating an economy in which opportunity exists for people to stand on their own feet. Ron Paul has said that he does not support ending welfare before an economy is created that makes a welfare state unnecessary.

Candidate Paul cannot take any steps to reassure Americans that he would not throw them to the mercy of the free market, because his libertarian base would turn on him as another unprincipled politician willing to sacrifice his principles for political expediency.

If libertarians were not inflexible, candidate Paul could endorse Ron Unz's proposal to solve the illegal immigration problem by raising the minimum wage to \$12 an hour, so that Americans could afford to work the jobs that are taken by illegals.

Economist James K. Galbraith is probably correct that Unz's proposal would boost the economy by injecting purchasing power and that the unemployment would be largely confined to illegals who would return to their home country. However, if Ron Paul were to treat Unz's proposal as one worthy of study and consideration, libertarian ideologues would write him off. Whatever liberal/progressive support he gained would be offset by the loss of his libertarian base.

Why can't libertarians be as intelligent as Ron Unz and see that if the Constitution is lost all that remains is tyranny?

In short, Americans cannot see beyond their ideologies to the real issue, which is the choice between the Constitution and tyranny.

So we hear absurd accusations that Ron Paul, a libertarian "is a racist." "Ron Paul is an anti-semite." "Ron Paul would favor the rich and hurt the poor."

We don't hear "Ron Paul would restore and protect the US Constitution."

What do Americans think life will be like in the absence of the Constitution? I will tell you what it will be like, but first let's consider the obstacles Ron Paul would face if he were to win the Republican nomination and if he were to be elected president.

In my opinion, if Ron Paul were to win the Republican nomination, the Republican Party would conspire to refuse it to him. The party would simply nominate a different candidate.

If despite everything, Ron Paul were to end up in the White House, he would not be able to form a government that would support his policies. Appointments to cabinet secretaries and assistant secretaries that would support his policies could not be confirmed by the US Senate. President Paul would have to appoint whomever the Senate would confirm in order to form a government. The Senate's appointees would undermine his policies.

What a President Ron Paul could do, assuming Congress, controlled by powerful private interest groups, did not impeach him on trumped up charges, would be to use whatever forums that might be permitted him to explain to the public, judges, and law schools that the danger from terrorists is miniscule compared to the danger from a government unaccountable to law and the Constitution.

The reason we should vote for Ron Paul is to signal to the powers that be that we understand what they are doing to us. If Paul were to receive a large vote, it could have two good effects. One could be to introduce some caution into the establishment that would slow the march into more war and tyranny. The other is it would signal to Washington's European and Japanese puppets that not all Americans are stupid sheep. Such an indication could make Washington's puppet states more cautious and less cooperative with Washington's drive for world hegemony.

What America Without the Constitution Will Be Like

In the January 4 Huff Post, attorney and author John Whitehead reported on the militarization of local police. Some police forces are now equipped with spy drones. Whitehead reports that a drone manufacturer, AeroVironment Inc., plans to sell 18,000 drones to police departments throughout the country. The company is also advertising a small drone, the "Switchblade," which can track a person, land on the person and explode.

How long before Americans will be spied upon or murdered as extremists at the discretion of local police?

Recognizing the privacy danger, if not the murder danger, the American Civil Liberties Union has issued a report, "Protecting Privacy From Aerial Surveillance." <https://www.aclu.org/files/assets/protectingprivacyfromaerialsurveillance.pdf>

The ACLU believes, correctly, that liberty is threatened by "a surveillance society in which our every move is monitored, tracked, recorded, and scrutinized by authorities."

The ACLU calls on Congress to legislate privacy protections against the police use of drones. I support the ACLU because it is the most important defender of civil liberty despite other misguided activities, but I wonder what the ACLU is thinking. Congress and the federal courts have already acquiesced in the federal government's warrantless spying on Americans by the National Security Agency. The Bush regime violated the Foreign Intelligence Surveillance Act many times, and all involved, including President Bush, should have been sent to prison for many lifetimes, as each violation carries a 5-year prison term. But the executive branch emerged scot free. No one was held accountable for clear violations of US statutory law.

The ACLU might think that although the federal executive branch has successfully elevated itself above the law, state and local police forces are still accountable. We must hope that they are, but I doubt it.

The militarization of local police has received some attention. What has not received attention is that state and local police are also being federalized. It is not only military armaments and spy technology that local police are receiving from Washington, but also an attitude toward the public along with federal oversight and the collaboration that goes with it. When Homeland Security, a federal police force, comes into states, as I know has occurred in Georgia and Tennessee, and doubtless other states, and together with the state police stop cars and trucks on Interstate highways and subject them to warrantless searches, what is happening is the de facto deputizing of the state police by Homeland Security. This is the way that Goering and Himmler federalized into the Gestapo the independent police forces of German provinces such as Prussia and Bavaria.

Homeland Security has expanded its warrantless searches far beyond "airline security." The budding gestapo agency now conducts warrantless searches on the nation's

highways, on bus and train passengers, and at Social Security offices. On Tuesday January 3, 2012, the Social Security office in Leesburg, Florida, apparently a terrorist hotspot, became a Homeland Security checkpoint. The DHS Gestapo armed with automatic weapons and sniffer dogs demanded IDs from local residents visiting their local Social Security office. <http://www.dailycommercial.com/News/LakeCounty/010412shield>

Thomas Milligan, district manager for the Social Security Administration office, said staff were not informed their offices were about to be stormed by armed federal police officers. DHS officials refused to answer questions asked by local media and left with no explanation at noon, reports infowars.com.

The DHS gestapo justified its takeover of a Leesburg Florida Social Security office as being an integral part of "Operational Shield," conducted by the Federal Protective Service to detect "the presence of unauthorized persons and potentially disruptive or dangerous activities."

One wonders if even brainwashed flag-waving "superpatriots" can miss the message. The Social Security office of Leesburg, Florida, population 19,086 in central Florida is not a place where terrorists devoid of proper ID might be visiting. To protect America from the scant possibility that terrorists might be congregating at the Leesburg Social Security office, the tyrants in Washington sent the Federal Protective Service at who knows what cost to demand ID from locals visiting their Social Security office.

What is this all about except to establish the precedent that federal police, a new entity in American life, the Federal Protective Service, has authority over state and local police offices and can appear out of the blue to interrogate local citizens.

Why the ACLU thinks it is going to get any action out of a Congress that has accommodated the executive branch's destruction of habeas corpus, due process, and the constitutional and legal prohibitions against torture is beyond me. But at least the issue is raised. But don't expect to hear about it from the "mainstream media."

Americans in 2012, although only a few are aware, live in a concentration camp that is far better controlled than the one portrayed by George Orwell in 1984. Orwell, writing in the late 1940s could not imagine the technology that makes control of populations so thorough as it is today. Orwell's protagonist could at least have hope. In 2012 with the erasure of privacy by the US government, protagonists can be eliminated by hummingbird-sized drones before they can initiate a protest, much less a rebellion.

Never in human history has a people been so easily and willingly controlled by a hostile government as Americans, who are the least free people on earth. And a large percentage of Americans still wave the flag and chant USA! USA! USA!

The Bush regime operated as if the Constitution did not exist. Any semblance of constitutional government that remained after the Bush years was terminated when Congress passed and President Obama signed the National Defense Authorization Act. One wonders how the National Rifle Association, the defender of the Second Amendment, will now fare. If there is no Constitution, how can there be a Second Amendment? If the President, at his discretion, can set aside habeas corpus and due process and murder citizens based on unproven suspicions, why can't he set aside the Second Amendment?

Indeed, it is folly to expect a police state to tolerate an armed population.

The NRA is very supportive of the police and military. Now that these armed organizations are being turned against the public, how will the NRA adjust its posture?

Many NRA members, pointing to the "Oath Keepers," former members of the military who pledge to defend the Constitution, and to police chiefs who support the Second Amendment, believe that the police and military will disobey orders to attack citizens.

But we already witness constantly the gratuitous brutality of "our" police against peaceful protesters. We witness military troops all over the world murder citizens who protest government abuses. Why can't it happen here?

If you don't want it to happen here, you had better figure out some way to get Ron Paul into the Presidency and to get him a cabinet and subcabinet that will support him.

Meanwhile, the police state grows. On January 4, 2012, the Obama regime announced by decree, not by legislation, the creation of the Bureau of Counterterrorism which will among other tasks "seek to strengthen homeland security, countering violent extremism." <http://newsok.com/obama-launches-bureau-of-counterterrorism/article/feed/332475>

Take a moment to think. Do you know of any "violent extremism" happening in the US? The regime is telling you that it needs a new police bureau with unaccountable powers to "strengthen homeland security" against a nonexistent bogymen.

So who will be the violent extremists who require countering by the Bureau of Counterterrorism? It will be peace activists, the Occupy Wall Street protesters, the unemployed and foreclosed homeless. It will be whoever the police state says. And there is no due process or recourse to law.

Given the facts before you, you are out of your mind if you think Ron Paul's rhetoric against the welfare state is more important than his defense of liberty.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern